Mit amtlichen Schlußkursen.

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe — Jahrg. 218 — Nr. 154a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M. ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadensersatz

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 16 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 8gespaltene 90 mm breite Grund-Reklamezeile 70 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale. — Für Platzvorschriften übernehmen wir keine Garantie. — —

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Sonnabend, 4. Juli 1925

Geschäftsstelle Berlin, Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der Streit um den Finanzausgleich

Ein Zusammenstoß zwischen Reich und Preußen

Der Zwang zur Sparsamkeit

Berlin, 3. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Im Steuerausschuß des Reichstages ist es heute zu lebhaften und scharfen Auseinandersetzungen gekommen, die infolge ihrer prinzipiellen Bedeutung wegen der Oeffentlichkeit näher gebracht werden müssen als es bei dem gegenwärtigen Andrang von hochpolitischem Material bei der Arbeit des Steuerausschusses und anderer reinfachlichen Arbeiten gewidmeten Ausschüssen sonst der Fall ist.

Es kam insbesondere zu einem

harten Zusammenstoß

zwischen dem Reichsfinanzminister und dem preußischen Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, der in ungewöhnlich polemischer Form gegen die Vorschläge des Reiches Front machte. Sachlich liegen die Dinge so, daß das Reich durch den Entwurf über das neue Finanzausgleichsgesetz auf die Länder und die Gemeinden einzuwirken versucht, um mit ihren Ausgaben im Rahmen des Möglichen zu bleiben, also eine Art Zwang zur Sparsamkeit ausübt. Wie notwendig das ist, geht aus den Beispielen hervor, die von einer Reihe von Abgeordneten über die

Verschwendung namentlich bei gewissen Gemeinden

gegeben wurden. Es ist bekannt, daß Städte bereits jetzt Vorkehrungen treffen, um bei dem Fortfall des Besoldungssperrgesetzes am 1. April 1926 zur erhöhten Ausgabe zu schreiten. Man ist sich in allen Parteien klar darüber, daß, wenn das Besoldungssperrgesetz wegfällt, dies schwere Unzuträglichkeiten ergeben könne, und daß dem, da eine Verlängerung dieses Gesetzes wohl kaum zustandekommt, ein Riegel vorgeschoben werden muß. Diese ernsten Ausführungen und insbesondere auch die des Staatssekretärs Popitz sowie die Zurückweisung der Angriffe des preußischen Finanzministers durch Minister v. Schlieben verfehlten ihren Eindruck denn auch nicht. Es ist anzunehmen, daß schon in Kürze sich eine Verständigung ergibt, die möglicherweise durch einen oder mehrere

Anträge der Regierungsparteien

erreicht wird. Danach dürfte mit geringen Modulationen der ursprüngliche Entwurf der Regierung wohl zum Gesetze werden, wobei besonders wichtig ist, daß die Frage der Zuschläge zunächst zurückgestellt werden soll. Das ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß jegliche Grundlagen für diese Zuschläge zunächst fehlen, da man ja keinerlei Steuerveranlagung hat und somit mit diesen Zuschlägen im Dunkeln tappen würde. Man würde also das Gegenteil erreichen und die Gemeinden und Länder erst recht zu unnötigen Ausgaben anreizen. Immerhin dürfte das Reich an dem Gedanken des Zuschlagrechts festhalten, seine Verwirklichung aber bis zum Vorliegen neuer Veranlagungen zurückstellen, um alsdann auch einen Ueberblick darüber zu haben, durch welche Beschränkungen das Zuschlagsrecht für die Wirtschaft tragbar gemacht werden kann. In diesem Zusammenhang wird das Reich auch verlangen müssen, daß die

Auskunftspflicht der Länder und Gemeinden ernster gehandhabt

wird, als es bisher der Fall war und eine offenkundige falsche Auskunft zur strafbaren Amtsverletzung gestempelt wird. Das würde keineswegs ein neues Aufsichtsrecht des Reiches über die Länder und die Gemeinden bedeuten, was ja auch gar nicht in der Absicht der Regierung läge. Man dürfte sich also bezüglich des Anteiles der Länder und der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 75 Prozent einigen und den Ländern ein Aequivalent dadurch bieten, daß der Anteil an der Umsatzsteuer von den jetzigen 20 Prozent auf 30 bis 35 Prozent erhöht wird, und den Ländern und Gemeinden dieser erhöhte Anteil für das ganze Jahr 1926 belassen wird, während der ursprüngliche Regierungsentwurf seine Herabsetzung auf 20 Prozent von dem 1. April 1926 vorsah.

Den Wünschen der Bayerischen Volkspartei, die vielleicht in einer eigenen Formulierung niedergelegt werden würden, würde mit einer solchen Regelung wohl kaum genügend Rechnung getragen werden sein. Länder und Gemeinden werden über dieses Kompromiß nicht gerade erfreut sein, aber sie werden anerkennen müssen, daß der harte Zwang zur Sparsamkeit nun einmal besteht. Der Reparationszwang fordert gebieterisch eine

Rückstellung der Wünsche der Länder und Gemeinden hinter die Interessen des Reiches.

Der Dawespakt ist nun einmal angenommen und muß solange es eben möglich ist, erfüllt werden. Ob diese Möglichkeit noch zwei bis drei Jahre währt, ist eine große Frage. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, geht es nicht an, daß Länder und Gemeinden dem Reiche die notwendigen Mittel zu entziehen suchen, mit denen es seinen Verpflichtungen nachkommen muß.

Gerade aus diesem Grunde wird man die Haltung des preußischen Finanzministers besonders unverständlich finden, da Herr Dr. Höpker-Aschoff der Vertreter einer Regierung ist, deren Spitzenparteien sich ganz besonders für die Annahme des Londoner Abkommens eingesetzt haben. Unsere Finanzlage ist ohnedies trüb genug und das Parlament würde einen schlechten Gebrauch von seiner Verantwortlichkeit machen, wenn es weiter, wie es geschehen ist, die Einnahmen des Reiches herabdrückt, dafür aber die Ausgaben aus irgendwelchen Gründen und irgendwelchen Druck folgend heraufsetzt, ohne sich über die Deckung viel Bedenken zu machen. Schon das Inkrafttreten des Aufwertungskompromisses kann zu unerwarteten Schwierigkeiten führen, und der starken

Tendenz zu allgemeinen Lohnsteigerungen der Wirtschaft

kann das Arbeitsministerium doch nicht in genügendem Maße entgegenarbeiten und muß zwangsläufig zu sehr bedenklichen Rückwirkungen auf den Ausgabenetat des Reiches und allerdings auch auf die Länder und Gemeinden führen.

Die 2. Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird erledigt. Angenommen werden ohne Aussprache Anträge des Ausschusses die Reichsregierung zu ersuchen:

1. die Beamten im besetzten Gebiet beim Abbau schonender als bisher zu behandeln und

2. das Anwärter-, Prüfungs-, Beförderungs- und Besoldungsdienstalter der vertriebenen Beamten so zu regeln, daß ihnen gegenüber den Nichtvertriebenen kein Nachteil erwächst.

Es folgt die 3. Beratung der Vorlage über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen. Die Regierungsvorlage sieht an Stelle der vollen Gebühr bei einem Wert des Streitgegenstandes von 200—500 Mark 13 Reichsmark vor, bei 500—1000 Mark 15 Reichsmark und bei mehr als 1000 Mark 20 Reichsmark.

Abg. **Brodauf** (Dem.) beantragt im Namen des Ausschusses Ablehnung der Vorlage.

Ein Kompromißantrag der Regierungsparteien stimmt dem Gesetzentwurf zu mit der Maßgabe, daß die Gebühren auf 15, bzw. 20 und 30 R.-M. festgesetzt werden. Außerdem soll das Gesetz auf die Zeit vom 1. August 1925 bis zum 31. Dezember 1926 befristet werden. Ein Regierungsvertreter erklärt sich mit dem Kompromiß einverstanden.

Der Kompromißantrag wird angenommen.

Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme der Vorlage mit 206 gegen 163 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen.

Das Haus vertagt sich

Präsident **Loebe** schlägt vor, die nächste Sitzung am Sonnabend 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Es entspinnt sich nun wieder eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, da die Kommunisten und Völkischen eine außenpolitische Debatte fordern.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) hält eine außerordentliche Debatte ebenfalls für erforderlich. Besonders nach den letzten Erklärungen der Deutschen Volkspartei. Es müsse endlich über das Intrigenspiel im Reichstage gesprochen werden. Der Redner fordert die außenpolitische Debatte für Montag, damit sie in würdiger Form bei besetztem Hause vor sich gehen könne.

Abg. Dr. **Frick** (Völk.) verweist auf die Vernehmung des Abg. Lange-Hegermann im Barmatausschuß. Dort sei festgestellt worden, in welch ungeheuerlicher Weise Lange-Hegermann Reichsgelder verschoben habe. Er habe veranlaßt, daß die Gelder, die eigentlich für die besetzten Gebiete bestimmt waren, zur Sanierung eines bankerotten Privatunternehmens in Ostschlesien verwendet wurden. Lange-Hegermann wurde aber geschützt durch den Mißbrauch der Immunität. Der Reichstag müsse dafür sorgen, daß diese Zierde des Parlaments aus dem Reichshause verschwinde. Der Redner beantragt, einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wonach der Staatsgerichtshof auf Verlust des Mandats erkennen kann, wenn gewinnsüchtige Absichten und Mißbrauch der Abgeordneteneigenschaft nachgewiesen werde.

Präsident **Löbe** weist darauf hin, daß ein Antrag des Staatsanwalts, die Immunität Lange-Hegermann aufzuheben, bisher noch nicht ergangen sei.

Abg. Dr. **Wirth** (Zentr.) erklärt, daß in seiner Partei in den letzten Tagen einstimmig die Auffassung vorherrsche, die außenpolitische Debatte tunlichst zu beschleunigen.

Abg. Dr. **Scholz** (D. V. P.) betont, daß es im gegenwärtigen Augenblick wohl besser wäre, zu einem starken Gegenstoß nach außen sich zu rüsten und die innere Geschlossenheit zu wahren. (Zuruf links: „Und Ihre Interpellation?") Diese Interpellation sollte dem Reichstag die Gelegenheit geben, in diesem bedeutungsvollen Moment die nötige Geschlossenheit zu zeigen. Auch wir sind, so erklärte der Redner, für eine außenpolitische Debatte, aber der Zeitpunkt muß im Einvernehmen mit der Regierung bestimmt werden, die erst die nötigen Vorbereitungen treffen muß.

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) bedauert die letzten Erklärungen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Eine außenpolitische Debatte müsse stattfinden, aber nicht am Sonnabend oder am Montag, sondern im Einvernehmen mit der Regierung.

Abg. **Stöcker** (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie nur Komödie spielten. Zu den Deutschnationalen erklärt er, es gäge nicht an, daß sie in der Dunkelkammer des Auswärtigen Ausschusses wilde Indianertänze aufführten und im Plenum dann den sanften Heinrich spielten.

Abg. Graf Westarp (Deutschnat.) weist die Angriffe des Abg. Breitscheid entschieden zurück. Sie hätten nur den Beweis erbracht, daß Breitscheid für vaterländisches Wollen und Empfinden kein Verständnis habe. (Beifall rechts; Lachen links.) Die auswärtige Debatte werde noch vor den Sommerferien im Einvernehmen mit den Regierungsparteien und der Regierung erfolgen.

Der sozialdemokratische Antrag, die politische Debatte am Montag vorzunehmen, wird abgelehnt. Der Präsident wird ermächtigt, mit dem Außenminister wegen des Zeitpunkts der Debatte in Verbindung zu treten. Der völkische Antrag in Sachen Lange-Hegermann wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 12 Uhr mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen. Schluß nach ½9 Uhr.

Der Reichstag vertagt die außenpolitische Debatte

Der Etat des Finanzministers im Reichstage

Berlin, 3. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Am Regierungstisch Reichsfinanzminister v. Schlieben. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr. Das Handelsabkommen mit Griechenland wird bewilligt. Das Abkommen mit Norwegen wegen Einführung eines Vertragszollsatzes für gewisse norwegische Fischkonserven wird auf Antrag des Abgeordneten Fürst v. Bismarck (Deutschnat.) dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen. Das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten wird angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines dritten Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze. Die Vorlage bringt eine allgemeine Erhöhung der Renten. Eine wesentliche Verbesserung der Versorgung bringt die Eltern-Beihilfe.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) hält die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für unzureichend. Die Vorlage wird dem Ausschuß der Kriegsbeschädigtenfragen überwiesen. Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplanes beim Reichsfinanzministerium fortgesetzt.

Abg. Höllein (Komm.) spricht dem Finanzminister jede soziale Gesinnung ab. Der Minister habe nur vor dem Lande eine Verbeugung machen wollen, als er erklärte, daß seine Verwaltung soziale Tendenzen verfolge. Das Gegenteil sei richtig. Um die Steuermoral stehe es trübe in Deutschland. Ein guter Hakenkreuzpatriot, der das Hakenkreuz sogar auf seiner Kaffeetasse habe, deklarierte ein Vermögen von 220 000 Mark, aber der amtliche Buchprüferdienst stellte über 3 Millionen Mark fest. (Rufe rechts: Wer ist das?) Darüber kann ich keine Auskunft geben. (Lachen rechts.) Im Finanzministerium laufen viel Leute herum, die es weniger im Kopfe als in der Schnauze haben. (Unruhe.) Der Beamtenabbau solite sich auf dieses hirnlose, unfähige Pack beziehen. (Erneute Unruhen.)

Präsident Loebe stellt fest, daß der Redner eine große Reihe von Beschimpfungen gegen im Dienst befindliche Beamten geschleudert habe. Diese Beschimpfungen seien aber so übertrieben gewesen, daß wohl selbst eine Rüge überflüssig sei. (Zustimmung.)

Abg. Drewitz-Berlin (Wirtsch. Verein.) hält den Ausschüssen vor, daß sie in ihrer Unvernunft immer neue Anträge annehmen, ohne auf die Balanzierung des Etats Rücksicht zu nehmen. Diesem Treiben müsse endlich Einhalt getan werden. Der Reichstag müsse mehr Verantwortungsgefühl zeigen. Der Redner führt Klage über den Bürokratismus bei den Finanzämtern und fordert den Minister auf, etwaigem Größenwahn bei den Beamten energisch entgegenzutreten.

Abg. **Schröder** (Völk.) weist darauf hin, daß der Mittelstand und die Landwirtschaft bereits ihre Substanz angreifen mußten, um die Steuern zu bezahlen. Ein kleiner Bauer in Mecklenburg müsse heute 2mal so viel Steuern zahlen wie vor dem Kriege. Der Redner versagt dem Finanzminister das Vertrauen, weil seine Politik in den Abgrund führe.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung bespricht

Abg. **Dietz** (Zentrum) Mängel bei der Branntweinmonopolverwaltung. Der Redner fordert neue Verwertungsmöglichkeiten für den Spiritus, da die Monopolverwaltung Spiritus zu technischen Zwecken schon unter dem Selbstkostenpreis verkaufe.

Abg. **Eggerstedt** (Soz.) fordert einen Gesetzentwurf zur Aenderung des Branntweinmonopolgesetzes, der dem Reichstag spätestens im Herbst vorgelegt werden soll. Dadurch soll der Monopolverwaltung ein rein kaufmännisches Arbeiten ermöglicht werden. Die Benzin und Benzol verarbeitenden Behörden sollen möglichst an Stelle dieser Stoffe Spiritus verwenden. Man solle sich endlich freimachen von der Interessenwirtschaft, die im Beirat eingerissen sei.

Vertrauen für Pangalos

Berlin, 3. Juli.

Nach einer Athener Meldung hat die Kammer der Regierung Pangalos mit 208 gegen 185 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192507042-14/fragment/page=0001

Eingreifen in Moskau

Berlin, 3. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Berliner politischen Kreise sind über das Todesurteil gegen die drei Studenten in Moskau ganz außerordentlich erregt. Man hat den förmlichen Eindruck, als hätten die Sowjets ein Exempel statuieren wollen, zu dem sie sich das Land ausgenutzt hätten, das ihnen den geringsten politischen Widerstand entgegenzusetzen schien. Noch hat sich die Reichsregierung nicht mit dem Urteil beschäftigt. Es ist aber anzunehmen, daß schon im Laufe des morgigen Vormittags eine Stellungnahme der Regierung vorliegt. Bei der herrschenden Erregung macht man auch in Regierungskreisen kein Hehl daraus, daß die Situation als sehr ernst anzusehen ist. Man rechnet auch mit der Möglichkeit, daß auch jetzt eine Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zu Rußland erfolgen kann. Die loyalen nachbarlichen Beziehungen scheinen zwischen Deutschland und Rußland durch das Urteil und den Verlauf des Prozesses bedroht. Weiter ist die offizielle deutsche Vertretung durch die Sowjetjustizbehörde so sehr angegriffen worden, daß man sehr wahrscheinlich mit einem Wechsel an diesen Stellen rechnen muß.

Uebersiedlung der „Dni" in ihre Heimat

Berlin, 3. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Das unter Kerenskis politischer Leitung stehende russische sozialrevolutionäre Emigrantenblatt „Dni" hat infolge Geldmangels sein Erscheinen in Deutschland soeben eingestellt. Wie uns von der Redaktion des Blattes auf unsere Anfrage mitgeteilt wird, setzt es sein Erscheinen am 1. August in Paris fort. Freunde der deutsch-russischen Zusammenarbeit werden ihm keine Träne nachweinen, gehörte die „Dni" doch zu jenen von alliertem Geld unterhaltenen Pressezeugnissen, die die deutsche Gastfreundschaft zur Agitation gegen Deutschland ausnutzen. In Verbindung mit den in der letzten Zeit erfolgten Veröffentlichungen über die geheime Tätigkeit russischer Emigranten auch aus anderen als linken Lagern zu Gunsten der Entente, besonders Frankreich und des unveränderten Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch war der Stand der „Dni" besonders schwer geworden. Man kann den Zusammenbruch des Blattes in Berlin nur begrüßen, obgleich die deutsche Wachsamkeit doch viel dazu beigetragen hat, die politische Grundlinie der „Dni" zu schwächen, die in einem erst kürzlich veröffentlichten Aufsatz über Bismarck zum Ausdruck kam, wonach Bismarck und Preußen dem Weltkrieg seit Jahrzehnten vorbereitet hätten. Poincaré wird sich der sozialrevolutionären Liebediener sicher mit Geld und guten Worten annehmen.

Staatspräsident Dr. Hellpach über ein Großdeutschland

Mannheim, 3 Juli.

Anläßlich des Konzertes der Wiener Philharmoniker begrüßte Staatspräsident Dr. Hellpach die österreichischen Gäste namens der badischen Regierung und führte dabei u. a. aus: „Im Gefühl für das Echte, Schöne und Große verkörpern Sie recht eigentlich Oesterreich im deutschen Wesen und Wien innerhalb Oesterreichs und damit einen der unverwüstlichsten Bestandteile des deutschen Geistes. Es wird Ihnen in diesen Tagen an allen Stellen die Frage aufgegangen sein: Werden wir auch einmal staatlich ganz ineinander aufgehen? Sehnsucht, Enthusiasmus und Entschlossenheit können die Verwirklichung einer Angelegenheit nicht allein schaffen. So wie Ihre großen Leistungen durch die Alltagskleinarbeit, die Ihnen vorangeht, hinburch müssen, so wird auch die Vereinigung des Landes, aus dem Sie kommen, durch eine stille, zähe, nie rastende Alltagsarbeit sich vollziehen müssen. Daß wir zu einander gehören, wer wollte das leugnen? Gewiß ist Ihr Land und Ihre Heimatstadt bettelarm geworden, aber wenn Sie kommen, dann kommt ein ungeheurer Reichtum an künstlerischem Gut. Das deutsche Volk wäre kulturell ein Krüppel ohne die geistigen, künstlerischen Kräfte Ihres Volksstammes. Mag der historische Augenblick noch sehr ferne sein; was Sie vollbringen, die Erweckung des Gefühls, ist eine Ihrer größten Mission."

Was wir nicht wissen

G. Rammelberg.

„Mein Herr, Sie sind Auslandsdeutscher!? Ich wundere mich, daß Sie so gut deutsch sprechen." Der Angeredete war ein Siebenbürger Sachse; der, welcher die Worte sagte, war nicht ein Bewohner einer einsamen Siedlung in der Mandschurei, sondern ein Reichsdeutscher (gebildeten Standes).

Kann man einen Auslandsdeutschen mehr beleidigen als durch derartige Unwissenheit?

Wissen wir, daß 3,5 Millionen Deutsche (35 Prozent der Bevölkerung) in der Tschechoslowakei leben, ihres Bodens durch eine Agrar-Reform beraubt, weil sie bewußtere Deutsche sind als wir im Reiche.

Wissen wir, daß die deutschen Städte Marburg, Pettau, Cilli und die Sprachinsel Gottschee gewaltsam slowenisiert werden? Die slowenische Volkszählung macht im Jahre 1921 aus über 100 000 Deutschen 38 631!

Wissen wir von Südtirol, das jetzt mit 225 000 Deutschen aus strategischen Gründen (!) zu Italien gehört?

Wissen wir von den Banater Schwaben (268 000), den Siebenbürger Sachsen (224 000), den Deutschen in Ungarn (500 000), in der Bukowina (68 000), Bessarabien (79 000), von den Wolga-Deutschen (550 000)?

Wissen wir, daß den 6 Millionen Deutsch-Oesterreichern das Selbstbestimmungsrecht durch die Entente-Mächte entzogen wurde, als sie den Anschluß an das Reich erklärten?

Wissen wir, daß durch das Versailler Diktat von den 96 Millionen Deutschen nur 50 Mill. im unbesetzten Gebiet, 10 Mill. im besetzten Gebiet wohnen? 20 Millionen haben kein Selbstbestimmungsrecht, und 16 Millionen wohnen derzeit.

Nach dem Selbstbestimmungsrecht:	80		16	Mill.
	Deutsches Reich u. Deutsch-Oesterreich		Auslandsdeutsche	
Nach Versailler Diktat:	50	10	36	Mill.
	Deutsches Reich unbesetzt	besetzt	Auslandsdeutsche	

Wissen wir dies, so sind wir überzeugt von der Notwendigkeit unserer Hilfe.

Spenden werden entgegengenommen in der Kanzlei des Hochschulrings und im Geschäftszimmer der Studentenschaft, Alte Promenade 5, 2. Stockwerk, Zimmer 3 u. 4, oder direkt mit der Bezeichnung „Brüder in Not" durch Ueberweisung auf Postscheckkonto der Reichssammlung „Brüder in Not", Berlin NW. 7, Nr. 65 600.

Die neue Grundschule in Preußen

Der Landtag zu den Grubenunglücken

Berlin, 3. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Landtag nahm zunächst eine Reihe von Berichten entgegen und überwies den Antrag von Campe (D. Vp.), auf das Reich dahin einzuwirken, daß zur Abhilfe der Notlage der Binnenschiffahrt ausreichende Kredite zur Verfügung gestellt werden, wobei die Privatschiffahrt bei der Verteilung besonders zu berücksichtigen sei, dem Hauptausschuß. Hierauf wurde die allgemeine Aussprache über die

Grubensicherheit, Betriebsstillegung usw.

fortgesetzt.

Abg. **Schwenk-Oberhausen** (Wirtsch. Ver.) legte die Stellung seiner Freunde in einer Reihe von Anträgen dar und erörtert die Frage, ob es sich empfehle, bei der Ein- und Ausfahrt einen zweiten Maschinisten einzustellen. Jedenfalls könne die Rentabilität des Betriebes nicht davon abhängen, daß die Belegschaft eine oder zwei Minuten länger braucht zur Ein- und Ausfahrt. Wenn man erst flüssige Kohle habe, und man werde dazu kommen, allerdings nicht durch Handarbeit sondern durch Kopfarbeit (stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten), dann würde eine große Abwanderung aus den Bergwerksbezirken die Folge sein. Das sei von großer Bedeutung für den Mittelstand, denn habe der Arbeiter kein Geld, habe auch der Mittelstand keines. Seine Freunde würden jedenfalls alles unter stützen, um dem Mittelstand helfen zu können.

Abg. **Ott** (Soz.) bekämpft die Ansicht des Ministers, daß man auf das Prämiensystem nicht völlig verzichten könne, da sie einen Anreiz bedeuten für Mehrförderung. 90 Prozent aller Bergwerksunglücke seien auf dieses Prämiensystem zurückzuführen.

Abg. Dr. **Waldbhausen** (Dn.) erklärte, im Oberbergamtsbezirk Dortmund müsse die Schießarbeit in der Kohle mit Schlagwetter- und Kohlenstaubgefahren vornehmlich bei Vor- und Ausrichtungsbetrieben möglichst eingeschränkt werden. Seine Partei sei der Auffassung, daß die Regierung bei der Auswahl der Beamten völlig freie Hand behalten müsse. Die Betriebsräte hätten eine zu starke Agitationstätigkeit gezeigt (lebhafte Zustimmung rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten). Die Deutschnationalen werden nicht, wenn man zu Betriebsräten geeignete Männer aussuche, gegen diese etwas sagen.

Abg. **Kramer-Recklinghausen** (D. Vp.) wendet sich gegen die Kontrolle der Oberbergämter durch das Kohlensicherheitsamt. Das beabsichtigte Verbot mit den Aus- und Vorrichtungsbetrieben lasse sich nicht generell durchführen. Die Folge seien Maßnahmen, die dem Zentrum und den Sozialdemokraten usw. bei Eintritt von Katastrophen willkommene Gelegenheit böten, gegen die Bergbehörden Angriffe zu richten, um ihre Forderungen durchzudrücken.

Abg. **Kaiser-Anklam** (Völk.) betont, daß noch nicht alles geschehen sei, was eigentlich zur Erhöhung der Grubensicherheit hätte geschehen können. Viele Unglücksfälle seien darauf zurückzuführen, daß es an genügender Aufklärung fehle.

Nach weiteren Darlegungen der Abgeordneten **Osteroth** (Soz.), **Sebottka** (Komm.), **Harsch** (Zentr.), **Schenk** (Wirtsch. Ver.) und **Krämer** (D. Vp.) schließt die Aussprache. In der Abstimmung werden die Ausschußanträge unter Ablehnung der Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen, aber mit der von den Vereinigten, Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum beantragten Aenderung, angenommen. Angenommen wurde auch der Antrag, die Bergrevierinspektoren (Einfahrer) künftig aus den Kreisen der bergmännisch vorgebildeten Grubenbeamten mit mindestens zehnjähriger Betriebsbeamtentätigkeit zu entnehmen und den Organisationen der technischen Grubenbeamten Gelegenheit zu geben, die geeigneten Personen in Vorschlag zu bringen, jedoch ohne die Voraussetzung, daß sie Dafürträger seien. Ueber den Antrag der drei Parteien, wonach Grubenkontrolleure alsbald im Verwaltungswesen (nach dem Ausschußantrag durch Gesetz) für den Steinkohlenbergbau bei den Bergrevierämtern aus den Reihen der praktisch erprobten Hauer mit mindestens zehnjähriger Hauertätigkeit gestellt werden sollen, wird namentlich abgestimmt. Dabei stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus, da nur 183 Stimmkarten abgegeben sind.

Vizepräsident Dr. v. **Kries** setzt sofort eine neue Sitzung an mit der gleichen Tagesordnung, doch werden die weiteren Abstimmungen zurückgestellt.

In der neuen Sitzung steht zunächst der Bericht des Unterrichtsausschusses über die Anträge usw., die

Grundschule

betreffend, zur Beratung. Berichterstatter ist

Abg. **Oelze** (Dn.) **Der Ausschuß hat die Anträge betr. die Einrichtung von Begabten-Klassen und betr. den Privatunterricht an Stelle des Unterrichts in der Grundschule abgelehnt und lediglich empfohlen, das Staatsministerium zu ersuchen, es bei den bisherigen Bestimmungen über die Aufnahme von Schülern in höheren Lehranstalten zu belassen. Abgeordneter Oelze tritt für die**

Einrichtung von Begabten-Schulen

ein, die den vierjährigen Lehrgang der Grundschule auf 3 Jahre abkürze, und wendet sich entschieden gegen die vom Unterrichtsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz vom 3. April 1925, die Abkürzung des Lehrganges der Grundschule betreffend. Diese Ausführungsbestimmungen müßten geändert werden, unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß für besonders leistungsfähige Schüler eine Erleichterung des Ueberganges von der Grundschule in die höhere oder Mittelschule nach 3 Jahren stattfindet.

Abg. **Wildermann** (Zentr.) stellt fest, daß die Ausführungsbestimmungen im Ganzen dem Reichsgesetz entsprechen, daß sie aber bezüglich der aus Gesundheitsrücksichten Privatunterricht erhaltenden Kinder zu eng gefaßt sind und der Nachprüfung bedürfen.

Abg. **Korff** (Komm.) wendet sich gegen die preußische Schulpolitik.

Abg. Dr. **Bohner** (Dem.) führt aus, daß seine Partei durchaus zu der vierjährigen Grundschule stehe. Es solle nur ein ernster Versuch gemacht werden, denn die Ausführung könnte hier noch vollständiger werden.

Darauf nahm

Unterrichtsminister Dr. Becker

das Wort. Er erklärte, der jetzige Uebergangszustand müsse zur Beunruhigung Anlaß geben. Eine Hälfte des Volkes wolle die vierjährige Grundschule und die achtjährige höhere Schule, eine andere drei Jahre und neun Jahre. Auch er halte mehr als 12 Jahre Schulbauer schon wirtschaftlich nicht für tragbar. (Zustimmung.) Es werde versucht, die begabten Kinder springen zu lassen, aber auch hier müssen alle pädagogischen und sonstigen Bedenken streng erwogen werden. Es könne hier eine starke Gefahr von einer Treibhauskultur drohen, wenn man dem Ehrgeiz der Eltern keine Schranken setze. Bedauerlicherweise werden diese rein pädagogischen Fragen zu wirtschaftlichen. Die Verwaltung bleibe auf dem Rechtsboden, daß die vierjährige Grundschule die angenommene ist und auf diesem Boden habe auch Dr. Boelitz gestanden. (Hört! Hört!) Der Redner erklärt weiter, zu Hunderten seien die Kinder nach drei Jahren übergetreten. Man könne also nicht von ganz seltenen Ausnahmen sprechen. Die Unterrichtsverwaltung sei auch bereit, den Fonds der Gesundheitsrücksichten, die Ausführungsbestimmungen zu prüfen, ob sich darin Härten ergeben könnten. Für die Unterrichtsverwaltung der Länder sei es sehr bedauerlich, zu wissen, daß die Führung durchaus beim Reichstag und den Parteien läge. Daß es kaum möglich wäre, von der Reichsregierung auch nur die leiseste Meinungsäußerung zu erlangen.

Abg. **Schwarzhaupt** (D. V. P.) erklärt das grundsätzliche Festhalten seiner Fraktion an der vierjährigen Grundschule aus sozialen und pädagogischen Gründen. Es müsse aber ein Weg möglich sein, daß die Individualität und die Begabung zu ihrem Recht kommen. Abgeordneter Schwarzhaupt betont weiter, Herr Boelitz würde jedenfalls, wenn er noch Minister wäre, Sorge getragen haben, daß auch in der preußischen Bestimmung der Sinn der Reichsnorm auf Berücksichtigung von Begabten zur Durchführung gebracht wäre. Die Forderung der Berücksichtigung der Begabten beziehe sich auch auf die Volks- und Dorfschulen.

In einer sich anschließenden Geschäftsordnungsaussprache wurde die Abhaltung einer Abendsitzung abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die Beratung der Anträge über die Pfarrerbesoldung und hinsichtlich der Berichte des Untersuchungsausschusses über die Vorkommnisse bei der Landespfandbriefanstalt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Es wird dann die Aussprache fortgesetzt.

Abg. **Schwenk-Oberhausen** (Wirtsch. Ver.) betont, seine Freunde wollten grundsätzlich die Grundschule erhalten, aber den wirklich begabten Schülern den Eintritt in die Sexta nach drei Jahren ermöglichen. Die Verwaltung müsse den Vorschlag, den Begabten nach vierjährigem Besuch der Grundschule den Eintritt in die Quinta zu gestatten, Beachtung schenken.

Abg. **Klimas** (Polen) erklärt, in Oberschlesien müsse die Grundschule für die polnischen Minderheiten mit der polnischen Sprache beginnen. Das sei ein Naturrecht und auch durch Gesetz und Verfassung, wie durch die Genfer Konvention zugesichert.

Abg. Kickhöfel (Dntl.) **erklärt, je frecher sich das Polentum gebärde, desto schneller werde man zu einer Aenderung unserer Ostgrenzen kommen. Grundsätzlich halte seine Partei an der vierjährigen Grundschule fest. Sie schütze sie gerade dadurch, daß sie sie von dem Zwang und der Hemmung der vier Jahre für die Begabten befreie.**

Abg. Dr. **Bohner** (Dem.) richtet namens seiner Partei an die Unterrichtsverwaltung das formelle Ersuchen, beim Reiche auf Entscheidung des Problems der Lehrgangsdauer der höheren Schulen zu dringen.

Abg. **Fichte** (D. V. P.) wirft dem polnischen Redner vor, daß die deutschen Schulkinder in den an Polen abgetretenen Landesteilen und in Kongreßpolen die größten Gewalttätigkeiten zu erdulden hätten.

Im Anschluß hierzu fand die Wiederholung der namentlichen Abstimmung statt über den Antrag der Regierungsparteien auf Einführung der Grubenkontrollen. Hierbei habe sich heute bereits die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt, da die Rechtsparteien und die Wirtschaftspartei keine Stimmzettel abgegeben hatten. Auch diesmal wurden nur 183 Stimmzettel abgegeben. Das Haus war also wiederum beschlußunfähig und der Gegenstand damit erledigt.

In der sofort anberaumten dritten Sitzung beriet das Haus sodann über den sozialdemokratischen Antrag auf Gewährung einer **Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark für die unteren Beamtengruppen 1—6.**

Im weiteren Verlauf wurden dann die Anträge des Unterrichtsausschusses angenommen und der Antrag der Deutschnationalen abgelehnt. Ferner wird ein nähtäglich auf die Tagesordnung gesetzter Antrag des Ausschusses über die sittlichen Grenzgebiete einstimmig angenommen, wonach unverzüglich geeignete Schritte zur Unterstützung der durch das Schadenfeuer in Kreuzburg am 28. Juni 1926 Betroffenen unternommen werden sollen und im gleichen Sinne auf die Reichsregierung eingewirkt werden soll. Damit nimmt das Haus die zu einer großen Anzahl von Anträgen betr. die Grubensicherheit usw. eingebrachten Ausschußanträge unter Ablehnung zahlreicher Aenderungsanträge im wesentlichen an.

Bei Redaktionsschluß dauert die Sitzung noch an.

Bankiertag in Berlin

Berlin, 3. Juli.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Vom 14. bis 16. September wird in Berlin der 6. Allgemeine Deutsche Bankiertag stattfinden. Neben einer allgemeinen Aussprache über Organisationsfragen sind insbesondere folgende Referate in Aussicht genommen:

1. Vorbedingungen für die Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes in der Jetztzeit.
2. Die deutsche Währung vor und nach der Stabilisierung.
3. Kredite und Beteiligung des Auslandes in der Wirtschaft.
4. Verbesserung und Neugestaltung des Börsen-, Effekten- und Zahlungsverkehrs.

Italiens Schuldenverhandlungen abgebrochen

New York, 1. Juli.

Die Verhandlungen über die Fundierung der italienischen Schulden wurden nach einer ruhig verlaufenen Sitzung am Dienstag morgen in der zweiten Sitzung am Nachmittag plötzlich überraschend abgebrochen. Es wurde mitgeteilt, daß Alberti sofort nach Rom zurückreisen werde, um nähere Informationen einzuholen. Die nächste Sitzung soll erst nach der Rückkehr Albertis Ende August stattfinden.

Ueber die Vorgänge, die zum Abbruch geführt haben, gehen die verschiedensten Versionen um. Fest steht aber so viel, daß Alberti in der Frühsitzung vom Dienstag die italienische Situation schilderte und dabei die Zahlungsfähigkeit Italiens als gering hinstellte.

Staatssekretär des Auswärtigen Kellogg als Vorsitzender der Schuldenverhandlungskommission erwiderte, die Vereinigten Staaten erwarteten sofort kleinere Zahlungen ohne Moratorium. In der Nachmittagssitzung führte für den verhinderten Kellogg Finanzsekretär Mellon aus, **die Vereinigten Staaten könnten Italien nur die gleichen Bedingungen wie England gewähren.** Daraufhin soll Alberti erklärt haben, seine Instruktionen reichten unter diesen Umständen nicht aus, und er müßte erst neue einholen.

Die Zeitungen behandeln den Abbruch der italienisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen als großes Ereignis. Die Blätter führen aus, nur fortgesetzter Druck könne Italien dazu bringen, annehmbare Vorschläge zu machen. Ueberall wird bemängelt, daß Alberti und De Martino zunächst als bevollmächtigte Unterhändler bezeichnet wurden, dann aber erklärten, keine ausreichenden Vollmachten zu haben.

Eine interessante, wenn auch unbestätigte Version bringt die „Chicago Tribune". Sie behauptet, der Abbruch der Verhandlungen sei gar nicht Italiens Schuld, sondern auf Betreiben Amerikas zurückzuführen. Amerika hätte den Wunsch gehabt, die Verhandlungen so lange hinauszuziehen, bis auch die andern Schuldnerstaaten Verhandlungen eingeleitet hätten. Der Grund für Amerika sei, daß es seine Haltung gegenüber den anderen Staaten nicht durch ein Entgegenkommen an Italien präjudizieren wolle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192507042-14/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 4. Juli.

„Wir müssen heute vorspielen"

Mein Weg führte mich durch die Lindenstraße. Vor mir her mit großer Wichtigkeit, wie ein bunter Frühlingsstrauß, ein Schwarm allerliebster Backfische. „Heute höre ich zum ersten Male in meinem Leben mein Herz schlagen", vernehme ich im Vorübergehen. Na, es wäre schlecht um meinen Wissensdrang bestellt, hätte es mich nicht verlangt, zu erfahren, bei welcher Gelegenheit so ein junges Mädchenherz das erste Mal hörbar schlägt. Auf meine Frage — das Seufzen eines blonden Mädels im rosa Kleidchen: „Ich muß heute vorspielen". „Ich auch, ich auch", echot es von allen Seiten. Und voller Eifer berichtet jedes, wie lange es Stunde habe, und was vorgespielt werden soll.

„Nun sind wir da", und mit einem Knickschen wollen mich die „jungen Künstlerinnen" verlassen. Schon nach wenigen Minuten aber sitze auch ich unter den Müttern und Vätern im Musikzimmer einer seit vielen Jahren hier hochgeschätzten Klavierlehrerin und warte der Dinge, die da kommen sollen. Einige 20 Schüler und Schülerinnen haben sich im Nebenzimmer versammelt, und mit einem stillen Bangen und Zagen wartet jedes, bis es an die Reihe kommt. In ungezwungener Weise rollt sich das mit großem Geschmack zusammengestellte Programm ab, vom einfachsten Volksliedchen bis zu den schwierigsten Sonaten, Romanzen, Walzern und Menuetts. Zum Teil mit solch erstaunlich technischer Fertigkeit, Geläufigkeit, weichem Anschlag und verständnisvollem Vortrag, daß man mitunter ganz vergaß, Zuhörer von Schüler-Vorträgen zu sein.

Freudig und wohlverdient konnte die Lehrerin zum Schluß die volle Anerkennung und den warmen Dank der Eltern entgegennehmen.

Und meine kleinen Freundinnen? Glücklich ob der überstandenen Qual, glücklich aber auch über das gute Gelingen, verabschiedeten sie sich bei ihrer geliebten Lehrerin, um nach den Ferien sich wieder mit frischen Kräften zum Unterricht einzustellen.

Grete Eichner.

Kraftw[illegible]unfälle bei Halle

Freitag nachmittag gegen [illegible]4 Uhr kam ein kleiner Opelwagen von Richtung Merseburg auf der Chaussee nach Halle gefahren. Plötzlich versagte das Steuer am Auto und es raste gegen einen Baum und wurde durch den Anprall vollständig zertrümmert. Der Kraftwagenführer erlitt keinen Schaden.

Freitag nachmittag gegen ½5 Uhr wurde in Schkopau die Frau des Schmiedemeisters Lange beim Ueberschreiten der Straße von einem mit Holz beladenen Lastauto, das aus der Richtung von Merseburg kam, überfahren. Die Frau erlitt schwere Verletzungen an beiden Füßen. Der Kraftwagenführer fuhr ohne Aufenthalt weiter und wurde erst nach Verfolgen in einem Personenauto durch den Schmiedemeister Lange auf der Chaussee Ammendorf an der Gendarmeriestation gestellt.

Hallesche Gedenktage

Am 5. Juli 1839 starb auf seinem Landgute Stöckeldorf der Kgl. Preuß. Oberlandesgerichtsrat, Salzgraf und Senator des Schöppenstuhls Dr. Karl Fr. Zeyernick, Besitzer des „Marktschlosses" (Marktplatz); er liegt in seinem Schwibbogen (Nr. 27) auf dem Stadtgottesacker begraben.

Am 5. Juli 1884 wurde der Hallesche Ruderklub gegründet.

Am 5. Juli 1887 starb Professor Dr. med. Friedr. Aug. Pott, ein beliebter Kinderarzt.

Am 5. Juli 1911 erfolgte die Weihe des neuen Geschäftshauses der „Halleschen Zeitung" in der Leipziger Straße.

Am 6. Juli 1674 wurde die große Glocke auf dem Roten Turm, die beim Trauerläuten für Kurfürst Johann Georg I. zu Sachsen gesprungen war, nach erfolgtem Neguß zum erstenmal wieder geläutet und vom Superintendenten D. Gottfried Olearius mit einer besonderen Glockenpredigt geweiht, die nachmals im Druck erschienen ist.

— **Thüringisch-Sächsischer Geschichts-Verein.** Nächste Monatsversammlung Dienstag, den 7. Juli, 8 Uhr abends (Hörsaal 17 des Melanchthonianums der Universität). Herr Professor Schroeter-Weißenfels wird über das Thema „Auf den Spuren der Herzöge von Weißenfels" (mit Lichtbildern) Vortrag halten. Gäste, auch Damen, sind willkommen.

— **Stambul, nicht Konstantinopel.** Eine Bekanntmachung des Post- und Telegraphenamts in Angora warnt vor der künftigen Verwendung des Namens Konstantinopel. Sendungen, die anstelle der Bezeichnung Stambul das griechische „Konstantinopel" tragen, werden zurückgesandt.

Volkswirtschaft

Gewerbe- und Handelsbank, A.-G., Halle. Auf der GV. waren insgesamt 16 108 Stimmen vertreten. Aus der Bilanz am 31. Dezember 1924 ergibt sich ein Gewinn von rund 8600 Rm. In der Aussprache über Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung kommt es zu lebhaften Einwendungen seitens der Opposition, die mit dem geringen Gewinn und den hohen Ausgaben für Gehälter nicht zufrieden ist. Nach längerer Debatte kommen schließlich sämtliche Punkte der Tagesordnung einstimmig zur Annahme.

Alm. Taaty, A.-G., Halle a. S. Nach dem Bericht des Vorsitzenden der o. GV. ergibt sich ein Aktienkapital von 250 000 RM., so daß die 5000 Aktien über je 1000 Papiermark auf je 50 RM. umzustellen sind. Der in der Papiermark-Bilanz ausgewiesene rechnungsmäßige Papiermark-Ueberschuß findet bei der Umstellung auf Reichsmark zur Stärkung der Betriebsmittel Verwendung.

Zuckerraffinerie Magdeburg, A.-G., Magdeburg. In der G.-V. teilte Geheimrat Zuckschwerdt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß Bankier Humke-Hannover seinen Austritt aus dem Aufsichtsrat erklär hat. Gegen 28 Stimmen wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt: Kommerzienrat Dr. h. c. Radbethge-Wansleben, Fabrikbesitzer Loß-Wolmirstedt, Grünanger-Niedernbodeleben, Schäfer-Wansleben, Direktor Brandes-Egel, Direktor Köhler-Neuhaldensleben, Gutsbesitzer Bethge-Schadensleben und Direktor Faber-Bodeleben. Zu Aufsichtsmitgliedern des Aufsichtsrates wurden ebenfalls gegen 28 Stimmen Kommerzienrat Radbethge-Wansleben und Fabrikbesitzer Loß-Wolmirstedt gewählt.

Maschinenbau-A.-G. vorm. Beck u. Henkel, Kassel. Die G.-V. genehmigte den Abschluß für 1924. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß infolge des Kapitalmangels der Eingang von Aufträgen sehr stocke. Trotzdem gelang es der Gesellschaft, den Betrieb voll aufrechtzuerhalten. Aus dem Reingewinn von nur 8500 Rm. werden 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien gewährt, die restlichen 7650 Rm. vorgetragen. Die Verwaltung erklärte auf Anfrage, daß es an Beschäftigung nicht fehle. Man hoffe, die Generalunkosten herabzudrücken, um billiger produzieren zu können.

Banta Akkumulatoren und Grubenlampenfabrik, A.-G. Groß-Deuben b. Leipzig. Die Gesellschaft beruft zum 25. Juli nach Leipzig eine G.-V. ein, die u. a. über die Erhöhung des Kapitals um 35 000 Rm. durch Ausgabe von 350 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien über je 100 Rm. Beschluß fassen soll.

Interessengemeinschaft in der Zementindustrie. Zwischen den Zementfabriken Dyckerhoff u. Söhne, G. m. b. H., Amöneburg, und E. Schwenk, Ulm, einerseits und der Portlandzementfabrik Karlstadt a. M. andererseits ist eine Interessengemeinschaft abgeschlossen worden, die sich besonders auf Verbands- und andere Wirtschaftsfragen erstreckt.

Elektrische Kleinbahn, A.-G. im Mansfelder Bergrevier. Die für Donnerstag, den 2. Juli, angesetzte o. G.-V. wurde wegen eines Formfehlers in der Einladung, auf dem ein Aktionär aufmerksam gemacht hatte und der vom Aufsichtsrat bestätigt wurde, verschoben. Die Versammlung findet ungefähr in vier Wochen statt. Es ergehen neue Einladungen.

Reiherstieg Schiffswerft und Maschinenfabrik, Hamburg. Das Jahr 1924 schließt mit einem Verlust von 566 516 R.-M. ab. Er wird aus der 600 000 R.-M. betragenden Rücklage gedeckt. Die Verwaltung will der am 10. Juli stattfindenden o. H.-V. einen Bericht über das Unternehmen vorlegen. Sie wird über den Verlauf und den Stand der Sanierungsverhandlungen berichten. Die Verhandlungen zur Klärung der Lage der Gesellschaft dauern

Mülheimer Bergwerksverein A.-G., Mülheim. An Stelle des Dr. Edmund Stinnes ist Hugo Stinnes jun. in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eingetreten.

Kraftwerk Thüringen A.-G., Gispersleben. In einem Prospekt über die Zulassung von 3,6 Millionen R.-M. neuen Stammaktien zum Handel an der Berliner Börse führt die Verwaltung aus, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre bisher den Erwartungen der Gesellschaft entsprochen und die Stromabgabe ganz erheblich gestiegen ist. Die Gesellschaft wird daher in der Lage sein, für das am 31. März 1925 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende verteilen zu können.

Oberschlesischer Spezialblechmark. In Spezialblechen hat sich die Geschäftslage im Juni gebessert. Es wird angenommen, daß der gute Geschäftsgang fortdauern wird.

Aufhebung des Getreidezolls in Italien. Um weiteren Erhöhungen des Getreidepreises vorzubeugen, hat die italienische Regierung die Aufhebung des Getreidezolles beschlossen.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 3. Juli.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 100 Kilo

Elektrolytkupfer.	130,75	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb. 99%)	245—250
Zinkhüttenverbandspreis	—	Zinn (Banca-Straits-Australi	—
Raffinade-Kupfer	—	Hüttenz. mind. 99 %	245—250
Orig.-Hütt.-Weichbl.	—	Reinnickel (98-99 %)	121—123
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	68,00—69,00	Antimon (Regulus)	—
Remelted-Platt.-Zink	61,0—62,0	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	95,50—96,50
Orig.-Hütten-Alumin. Bl. Wr. dr. Bl.	225—240		

Leipziger Börse vom 3. Juli

	3. 7.	2. 7.		3. 7.	2. 7.
Adca.	87,60	84,60	Eisbr	89,	84,75
Lpz. Hyp.-Bl.	5,95	5,—	Textilfe	42,—	42,—
Sächs. Bl.	59,95	59,75	Thür. Wolle	94,—	95,50
Hall. Pfänner	64 —	69 —	Tittel u. Kr.	123,5	124,0
Mansfeld	62 25	63,13	Trikotwr	80,—	80,—
Leipzig	75 —	75,—	Vermögen	62,50	69,50
Eilenburg	80 —	77,—	Aktien M. W.	75,—	74,—
Zimmermann Halle	29,50	29,50	Malz. Schönebg	110,0	110,0
Germania Chmn.	48,12	48,50	Brtz. Kunstm.	56,50	56,—
Hartmann Chmn.	55 45	55,75	Glanz. Kuckr	97,50	96,50
Kirchner	22 —	25,50	Halle Zucker	16,—	16,—
Benger	38 —	35,25	Fürstedt. Zucker	119,0	119,0
Bitter	189,0	192,0	Frankf. Zucker	89,—	89,—
Bresto	139,0	139,0	Chromo Kajorf	75,50	75,75
Schönherr	105,0	105,0	Grölitzsch	12,—	12,—
Schuh. u. Salzer	122,0	122,0	Peraphr	88,—	88,75
Sondermann	0,25	0,225	Zeitz. Glauchaer	68 —	68,—
Voigt	3,10	3,2	Heyer	34,—	33,—
Hähmann	74 —	75,75	Hupfeld	77,50	78,13
Zimmerm. Chmn.	27,75	28,50	Chemn. Kiebl.	88,—	88,—
Cassel. Jute	160,0	160,0	Landb. Kulmb.	64,50	63,—
Chemn. Spinnw	128,0	130,0	Plauen Zimm.	9,40	9,20
Dresden	95,—	92,—	Lindner	69,—	63,—
Hallenstein	69 —	69,75	Rauchfu. Walther	67,—	65,50
Gera Jute	300,0	300,0	Riquet	92,12	94,—
Kamm. Sonneck	74 —	73,	Sächs. Wert	1,21	2,—
Köbis	7,75	8,25	Schneider	54,50	55,75
Lpz. Baumwolle	189 (	189 (	Thür. Gas	69,50	70,50
Lpz. Kammgarn	105,0	107,0	Brekitz A	84	84
Lpz. Spinn	68,—	68,50	Brekitz B	84	84
Lpz. Tricot	130,0	130,0	Brekitz C	84	84
Lpz. Wolle	100,0	100,0	Hohburger Cimentw	182	182,0
Meccano Kamm.	69,50	70,—	Dimitr. Steinc	97,—	97,—
Mitte. Baumwolle Ep.	141,0	141,0	Emil Pinkau	67,—	67,—
Mitte. Baumw. Wed.	66,—	66,—	Dermatoid	59,50	60,—
Rudolf. Wolle	1,30	104,0	Altenburger Landkrst.	0,56	0,55
			Ber Eisen [illegible]	58 60	58,75

Wertbeständige Anleihen

	3. 7.	2. 7.		3. 7.	2. 7.
6 % Kmb. Roggenm.	—.—	—.—	Ostpr. Pfl. Abl.	8,60	—.—
5 % Bd. Bd. Eisenb. Anleihe	—	10,—	Pr. Bodenkr. Gold	1,60	1,67
5 % Berl. Hyp. B. G. Pf.	—	—	5 % Pr. Ctr. Bdr. Gold	65,—	65,—
Berl. Roggenanl. *	6,60	6,60	5 % do. Gold Komm.	—.—	—.—
6 % Erbd. Kr. Gl. Wa. Kr.	1,80	1,80	Pr. Ant. Bodenkr.-Kogg.*	5,25	5,28
5 % Braunschw.-Hann. Hyp. Kgs.			5 % do. Roggen-Komm.		
[illegible]			[illegible]		5,20
[illegible]			[illegible]		5,90
Kiln		14,—	[illegible]		5,29
6 % Elektro-Zweckverb. Mitteld. Kohlenw.	2,5	2,75	[illegible]		
7 % Gr. Berlin Bl. Anl. (e)	6,40	6,40	11 % Prov.-Schl. landschaftl. Gold-Pfdbr.	15,40	12,80
6 % do.	6 —	6 —	5 % Rhein-Main-Donau Gold	18,75	69,—
5 % Hann. Pfandbr. Bl. Gold	—.—	—.—	5 % Rh.-W. Elect. Bdr. Gold	6,20	6,20
5 % Gothaer Bdr.	61,50	62,50	5 % do. Kogg.-Komm.	4,—	4,—
Großkraftw. Hann. Bdr.	10,30	10,25	5 % Roggenrenten-Bl. *	2,50	2,28
Kraftw. Mannh. Anl.	10,0	9,40	5 % Sächs. Bdr.-Anl.	2,25	2,25
6 % Berl. Krt. Nr. u.	—.—	—.—	5 % do. Kogg. *	7,—	7,—
Kurr- u. Neum. Kogg. *	5,60	5,60	5 % Sächs. Staat Kogg.	1,—	1,68
Landsch. Kentr.-Kogg. *	4,80	4,80	5 % Schles. Bdr. Gold	4,80	4,60
6 % Lpz. Bdr. Bl. Gold	1,68	— —	5 % Schles. Bdr.-Komm.	7,81	7,75
5 % Mecklenbg.-Schwer Roggenm.-Anl. I. *	5,80	5,80	10% Pommern Roggen	—	—
5 % Mecklenbg.-Schwer Roggenm.-Anl. II *	5,80	5,80	5 % Schles.-H.-Gl. K. Gd. M.		
5 % Meinin. Hyp. Bl. Gold	1,59	1,59	5 % do. Bdr. Kr. Kogg.	4,8	4,60
5 % Nieder Gold Anl.	59,—	59,—	5 % Thür. o. Kirchr. Roggenm.-Anl.	6,—	—
5 % Nordd. Grundk. Bl. Gold	1,57	1,68	5 % Westf. Bdr. Gold	1,68	1,18
Oldenb. Kogg.-Anl.	29,—	28,—	5 % Westfälischer Bdr. Kohle 23	10,60	10,65
			5 % do. Kogg. Bdr.	7,10	7,—
			6 % Zuckerbrsch. Gold	69,—	69,—

* Bill. Mk. p. Tonne. * Bill. Mk. p. Kentner Bill. Mk. p. 100 kg Bill. p. 50 kg. Bill. p. 1 g

Der Hüttenkönig

35)

Roman von Hans Richter.

Nachdrucksrecht bei August Scherl, G. m. b. H., Berlin.

Die Sonne spiegelte sich an den Wänden des weißen Hauses, lachte zum Fenster herein und lud Hella zu sich. Aber die konnte nicht kommen. Immer noch lag sie im Bett, gleichgültig gegen alles, was in der Welt vorging.

In Hellas Leben gab es nur noch zwei Punkte: ihren Mann und das Kind.

Der Geheimrat wechselte besorgte Blicke mit der Schwester, zu Hellas großem Schmerz war eine Amme angenommen worden, die nun mit dem Kinde draußen im Sonnenschein auf und ab fuhr. Alle die Plätze, die Hella mit Liebe ausgesucht hatte, blieben leer.

Die Schwester tröstete sie: „Nur ein paar Wochen noch."

In Hella war kein Lebensmut mehr. Sie wußte es, nicht in Wochen, nicht in Monaten — nie.

Sie sprach mit dem Geheimrat. „Sie dürfen es ihm nicht sagen, Doktor. Sie wissen nicht, wie ihn der Mißerfolg getroffen hat. Er arbeitete nur für das Kind, der Sohn sollte einmal groß in der Welt dastehen."

Der Alte polterte. „Aber darüber darf ein Mann die Mutter doch nicht vergessen. Man muß für alles dankbar sein. Sie sind jung, Sie können noch viele Kinder haben, das Haus ist groß genug."

Sie antwortete nicht. Wozu auch?

Der Geheimrat fuhr in Carstens' Fabrik. Tapste auf den Baustellen herum, hatte Mühe, den rechten Eingang zu finden. Endlich saß er in dem Zimmer mit den schalldichten Wänden.

„Man hat es nicht leicht, wenn man Sie sprechen muß."

Carstens ging nicht darauf ein. „Was führt Sie zu mir?"

„Sie müssen an Ihre Frau denken, sie ist krank und leidet."

„Ist die Pflegerin nicht gut, Herr Geheimrat? Sie haben alle Vollmachten, handeln Sie, stellen Sie ein, entlassen Sie."

„Das ist es nicht. Hier kann nur der Mensch helfen, der ihr Denken erfüllt. Es gibt Fälle, denen der Arzt machtlos gegenübersteht. Wecken Sie die Hoffnung in Ihrer Frau, und alles ist gut."

Peter Carstens hatte den besten Willen, aber er konnte nicht. Er starrte das Kind an, und seine Gedanken gingen eigene Wege. Flogen fort, in das Werk, das er baute, und dem er den Herrn nicht hatte geben können.

Immer hingen Hellas Blicke an ihm. Sie sah durch ihn wie durch Glas und fand nirgends Hoffnung.

Als der Herbst ins Land zog, die Blätter im Park von den Bäumen fielen, da war auch ihre Kraft zu Ende. Wie ein Lichtchen löschte sie aus.

Der Geheimrat ging die Allee entlang, trat achtlos in die Seen, die vom letzten Regen noch dastanden. „Die Wissenschaft weiß nichts davon, aber es ist doch wahr: Menschen können an geläuterter Hoffnung sterben", murmelte er vor sich hin.

8.

Der Vater.

Als das erste Frührot die Spitzen der Berge rosig färbte, stand der Gemsbock frei auf dem Stein und zeichnete eine scharfe Silhouette gegen den Himmel.

Der Jäger hielt den Atem an. Jetzt, jetzt mußte er — kaum zu denken wagte er das, aus Furcht, der Bock möge sich bewegen. Langsam, ganz langsam wandte er den Kopf. Das Blatt lag frei.

Der in den Latschen rührte sich nicht.

„Eine Schande ist es", fluchte der Jäger innerlich. „Der beste Bock im ganzen Hochrevier. Seit einem Jahr aufgehoben für 'nen besonderen Fall. Und grad für den muß man ihn ausmachen, grad für den."

Der drüben hob die Büchse, sah über das Korn, den Finger am Abzug.

„Herrgott, 'nen Stein fallen lassen, nur einen einzigen, dann verschwind' der Bock." Der Jäger sah einen Zweig vor sich. Wenn der Herrgott kein Einsehen mit der wahren Jägerei hatte, dann mußte man selbst helfen. Da drauf treten, war ganz altes Holz — trachte — der Bock hatte ein feines Gehör.

Durch die Morgenstille dröhnte der Schuß, hing sich an den Bergmänden, hallte wider, drei-, viermal. Der Bock machte eine mächtige Flucht und verschwand. Der Stein war leer.

„Der hat's gehascht!" Der Jäger riß einen Bruch von dem Busch, der neben ihm stand, und bahnte sich einen Weg durch die Latschen.

„Weidmannsheil, Herr Professor!"

Carstens hatte die Büchse sinken lassen. Er schien nur auf den Jäger gewartet zu haben. Gleichgültig nahm er den Bruch.

„Wir werden nicht lange zu suchen haben."

Indem war der Weidmann erwacht. „Ganz genau hab ichs gesehen, wie der Herr Professor getroffen hat, ganz deutlich. Der liegt keine hundert Schritt. Ein schöner Bock." Er konnte seinen Schmerz nicht so ganz verbergen.

Carstens verstand. „Sie hätten ihn einem anderen gegönnt?" fragte er.

Der Jäger wurde verlegen. „Man kennt die Böcke im Revier. Herr Professor, jeden Bock kennt man, und der, der war ein ganz kapitaler. Voriges Jahr hat der Herr Rittmeister ihn haben wollen, aber der Herr Baron hats nicht gelitten."

„Und da meinen Sie, man hätte dem Herrn Rittmeister den Bock aufheben sollen?" Carstens bahnte sich einen Weg durch das Gesäst. Jetzt standen sie auf der Platte.

Der Jäger hatte sich niedergebeugt und untersuchte die Spur. Auf dem Boden waren Schweißspuren, ganz kleine Tropfen hingen an den Blättern, die da lagen, ein Schaum darauf. „Habs doch gemeint, gerad Lungenschuß." Er sah sich um. „Da ist er durchgebrochen, da —" Er ging eifrig weiter. „Keine hundert Schritt, sag ich, Herr Professor, da kenn ich mich aus."

Der Berg fiel steil ab, sie mußten sich an den Latschen festhalten, um nicht zu gleiten. Steine polterten vor ihnen her. Der Jäger hatte den Herrn ganz vergessen, nur an die Jagd dachte er jetzt, an das Wild. Carstens konnte ihm kaum folgen.

Kurz vor dem Wege lag der Bock, mit gebrochenen Lichtern, die Läufe noch gebogen vom letzten Sprunge.

Der Jäger zog den Hirschfänger. „Gleich aufbrechen muß man den."

Carstens wandte sich ab. „Ich gehe voran."

Der Jäger sah ihm mißmutig nach. „Der Herr Rittmeister wär anders gewesen", brummte er. „Ist kein Jäger." Er strich mit der Hand über das Gehörn.

Carstens schritt scharf aus. Seit dem frühen Morgen war er nun schon unterwegs. Bei Nacht hatte ihn der Jäger abgeholt, mit der Laterne waren sie zuerst gegangen, dann, als es dämmerte, ohne Licht. In den Hochwald hinauf.

„Einen Bock müssen Sie schießen, Professor", hatte der Baron Brügge gesagt. „Einen wirklichen Gamsbock, der Pollinger weiß ihn."

Deswegen war er nicht gekommen. Die Jagd sagte ihm nichts. Andere Dinge hatten ihn ins Gebirge geführt. Er saß die Gipfel der Bäume unter sich im Nebel liegen. Wie Meer brauten sie über den Spitzen, die Sonne kam noch nicht durch.

Unten im Hochwald wurde es kühl. Carstens sah die Stämme. Die hatten ihn hergezogen. Der Wald. Er brauchte Holz zu Schwellen, zu Telegraphenstangen, viel Holz.

Jahre waren seit Hellas Tode vergangen, Jahre voll Arbeit und voll Erfolg. Eine Welt war aus den Fugen gegangen, Kriegsjahre lagen hinter ihm, in denen das Höchste gefordert und geleistet worden war. Carstens hatte die Frauen seiner Arbeiter mobil gemacht, die Kinder. Der Staat forderte und erhielt.

Er selbst stand vorn im Brennpunkt, saß in Ministerien, organisierte die Wirtschaft. Und mußte erleben, daß alles zusammenbrach. Die Revolution drohte alle seine Pläne zu vernichten. Unruhen wechselten mit Streiks. Aber erst in ihr sollte Peter Carstens beweisen, wer er war, der Mann, der den Staat stützte, wenn dieser Staat ins Wanken kam.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192507042-14/fragment/page=0003

Wertpapiere.

Berlin, 3. Juli. Im weiteren Verlauf der Börse wurde die Tendenz etwas widerstandsfähiger. An der Nachbörse ruhte das Geschäft fast völlig. Im allgemeinen überwog weiter Abgabeneigung. Am Kassamarkt waren die Umsätze gleichfalls recht klein. Die Kursschwankungen hielten sich aber im allgemeinen in kleinen Grenzen und gingen nur vereinzelt über 2½ bis 3½ hinaus. Am Markt der Sachwertanleihen haben sich die Kursabschläge wiederum vermehrt. Sie hielten sich im Durchschnitt zwischen ¾ und ½ Prozent.

Frankfurt, 3. Juli. Die Tendenz ist außerordentlich still und leicht abgeschwächt. Von Aktienwerten hörte man nur Höchster Farben 115½. Kriegsanleihe 402¾. Am Pfandbriefmarkt ist es etwas lebhafter. Frankfurter Hypothekenbank-Pfandbriefe 6,50, Preußische Zentralboden 6,32¼. Der Geldmarkt ist fest. Paris und Mailand liegen etwas fester. London gegen Paris 103, gegen Mailand 137¾, gegen Schweiz 25,05, gegen Newyork 4,86, gegen Holland 13¾.

Hamburg, 3. Juli. Die mattere Tendenz der gestrigen Börse setzte sich heute weiter fort. Verstimmend wirkte die Lage auf dem Geldmarkt, bei der die große Nachfrage nach Monatsgeld nicht befriedigt werden konnte. Es waren so verschiedentlich wieder Blankoverkäufe zu beobachten, die das gesamte Kursniveau herabdrückten. Um 1,30 Uhr waren — ¼, Paket — 1¼, Süd — 1¼, Elbe — 1½, Stettiner — 1 und Lloyd 2. Von solchen Werten waren Angio Guano — 3, Calmon — 1½, Harburg-Wien — 1¼, Thörl — 2. — Auch die übrigen Märkte lagen bei kleinem Geschäft schwächer, nur die Nachfrage nach Hypothekenbankpfandbriefen bestand weiter. Alle Hamburger Hypotheken gewannen 10 Punkte.

Leipzig, 3. Juli. Zinn Straits Kassapreis Silberfix. 0,08, Leo Ausfuhr 63, Platinerzer Apgo 25, Polack Gummi 1,6, Riesaer Bank 95, Wolf Dudau 44, Zörbig Bank 0,089.

Ostbevisen.

Berlin, 3. Juli. Bukarest —; Warschau 80,20 G., 80,60 Br.; Kattowitz dasselbe; Riga —; Reval 1,112 G., 1,118 Br.; Kowno 41,345 G., 41,555 Br.; Polen-Noten 79,80 G., 80,60 Br.; Lettland —; Estland 1,110 G., 1,112 Br.; Litauen 40,94 G., 41,36 Br.; Posen 80,20 G., 80,60 Br.

Produkte.

Berlin, 3. Juli. Nach wie vor bildet am Produktenmarkt die anhaltende Knappheit von Brotgetreide die Hauptstütze für die Preise. Weizen folgte dem Beispiel der leicht befestigten amerikanischen und englischen Notierungen nur wenig, da in Lieferungen leichte Deckungen die Nachfrage befriedigen. In Roggen ist Inlandsware etwas verstärkt vorhanden, doch lauten die Forderungen hierfür sehr hoch. Inlandslieferung liegt daher behauptet. In Wintergerste lag reichliches Angebot vor, doch werden die hohen Forderungen zumeist nicht bewilligt. Im Hafer findet das Angebotmaterial glatte Unterkunft. Die Preise für Mehl, Mais und Futterartikel lagen bei stillem Geschäft kaum verändert.

Gattung	3. 7.
Weizen märk. 1 t	270—275
Roggen, märk. 1 t	227—230
Gerste 1 t	—
Hafer, märk. 1 t	232—241
Mais 1 Zpt.	—
Weizenmehl, 1 Ztr.	33,50—36,00
Roggenmehl, 1 Ztr.	30,75—32,25
Weizenkleie	19,50—19,25
Roggenkleie	—19,75
Raps	340—360
Leinkuchen (1 t)	—
Sittertierbohnen	26,00—31,50
kl. Speisebohnen	26,00—28,50
Peluschken	21,00—24,00
Ackerbohnen	21,00—22,00
Wicken	24,0—27,00
Lupinen blaue	11,50—12,00
gelbe	14,00—15,50
Serradelle alte	—
neue	—
Napskuchen	15,60—15,80
Leinkuchen	22,20—22,80
Trockenschnitzel	10,20—10,80
Zuckerschnitzel	—
Torfmelasse	—
Kartoffelflocken	23,00—13,80
Kartoffeln, weiß, 1 Ztr	—
rote	—

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann, für Lokales, Kunst und Wissenschaft: Dr. Erich Seßselmann, für Volkswirtschaft, Mitteldeutschland und Sport: Dr. Arno Ballentin. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 51, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred B. Kames

Berliner Börse vom 3. Juli 1925

Kurse in RM für 100 M.	2.7.	3.7.
Brasilien, Milreis	0	0,09
Buenos Aires, Gold-Peso	0	4,20
Canada, Dollar	0	4,19
Japan, Yen	0	1,87
Konstantinopel, türk. Pfund	0	21,00
London, Pfund	0	20,37
New York, Dollar	0	4,19
Paris, Frank	0	16,45
Prag, tschechoslow. Kronen	0	12,41
Schweiz, Franken	0	80,75
Spanien, Peseta	0	16,25
Wien, Schilling	0	59,05
Budapest, Goldkronen	0	18,41
Belgrad, Dinar	0	7,35
Bukarest, Leu	0	12,44
Danzig, Gulden	0	80,75
Holland, Gulden	0	168,09
Italien, Lire	0	18,45
Kopenhagen, Kronen	0	72,84
Oslo, Kronen	0	58,84
Reykjavik, Kronen	0	3,73
Stockholm, Kronen	0	112,41
Madrid, Peseten	0	63,74
Sofia, Lewa	0	2,49
Konstantinopel, türk. Pfund	0	21,00
Riga, Lettland, Lat	0	0,75
Reval, Estland, Kronen	0	1,12
Kowno, Litauen, Litas	0	41,34
Kattowitz, Polnisch-Oberschlesien, Zloty	0	80,20
Posen, Polnisch-Posen, Zloty	0	80,20
Warschau, Polen, Zloty	0	80,20

	2.7.	3.7.
Brasilianische Anleihe 1888	0	0,00
Chinesen 1898	0	0,00
Mexikanische Anleihe 1899	0	0,00
Mexikanische Eisenbahn	0	0,00
Türkische Anleihe 1914	0	0,00
Türkische Anleihe 1915	0	0,00
Türkische Anleihe 1912	0	0,00
Türkische Anleihe 1913	0	0,00
Türkische Anleihe 1914	0	0,00
Türkische Anleihe 1915	0	0,00
Türkische Anleihe 1917	0	0,00
Türkische Anleihe 1918	0	0,00
Türkische Anleihe 1919	0	0,00
Türkische Anleihe 1920	0	0,00
Türkische Anleihe 1921	0	0,00
Türkische Anleihe 1922	0	0,00
Türkische Anleihe 1923	0	0,00
Türkische Anleihe 1924	0	0,00
Türkische Anleihe 1925	0	0,00
Türkische Anleihe 1926	0	0,00
Türkische Anleihe 1927	0	0,00
Türkische Anleihe 1928	0	0,00
Türkische Anleihe 1929	0	0,00
Türkische Anleihe 1930	0	0,00
Türkische Anleihe 1931	0	0,00
Türkische Anleihe 1932	0	0,00
Türkische Anleihe 1933	0	0,00
Türkische Anleihe 1934	0	0,00
Türkische Anleihe 1935	0	0,00
Türkische Anleihe 1936	0	0,00
Türkische Anleihe 1937	0	0,00
Türkische Anleihe 1938	0	0,00
Türkische Anleihe 1939	0	0,00
Türkische Anleihe 1940	0	0,00
Türkische Anleihe 1941	0	0,00
Türkische Anleihe 1942	0	0,00
Türkische Anleihe 1943	0	0,00
Türkische Anleihe 1944	0	0,00
Türkische Anleihe 1945	0	0,00
Türkische Anleihe 1946	0	0,00
Türkische Anleihe 1947	0	0,00
Türkische Anleihe 1948	0	0,00
Türkische Anleihe 1949	0	0,00
Türkische Anleihe 1950	0	0,00
Türkische Anleihe 1951	0	0,00
Türkische Anleihe 1952	0	0,00
Türkische Anleihe 1953	0	0,00
Türkische Anleihe 1954	0	0,00
Türkische Anleihe 1955	0	0,00
Türkische Anleihe 1956	0	0,00
Türkische Anleihe 1957	0	0,00
Türkische Anleihe 1958	0	0,00
Türkische Anleihe 1959	0	0,00
Türkische Anleihe 1960	0	0,00
Türkische Anleihe 1961	0	0,00
Türkische Anleihe 1962	0	0,00
Türkische Anleihe 1963	0	0,00
Türkische Anleihe 1964	0	0,00
Türkische Anleihe 1965	0	0,00
Türkische Anleihe 1966	0	0,00
Türkische Anleihe 1967	0	0,00
Türkische Anleihe 1968	0	0,00
Türkische Anleihe 1969	0	0,00
Türkische Anleihe 1970	0	0,00
Türkische Anleihe 1971	0	0,00
Türkische Anleihe 1972	0	0,00
Türkische Anleihe 1973	0	0,00
Türkische Anleihe 1974	0	0,00
Türkische Anleihe 1975	0	0,00
Türkische Anleihe 1976	0	0,00
Türkische Anleihe 1977	0	0,00
Türkische Anleihe 1978	0	0,00
Türkische Anleihe 1979	0	0,00
Türkische Anleihe 1980	0	0,00
Türkische Anleihe 1981	0	0,00
Türkische Anleihe 1982	0	0,00
Türkische Anleihe 1983	0	0,00
Türkische Anleihe 1984	0	0,00
Türkische Anleihe 1985	0	0,00
Türkische Anleihe 1986	0	0,00
Türkische Anleihe 1987	0	0,00
Türkische Anleihe 1988	0	0,00
Türkische Anleihe 1989	0	0,00
Türkische Anleihe 1990	0	0,00
Türkische Anleihe 1991	0	0,00
Türkische Anleihe 1992	0	0,00
Türkische Anleihe 1993	0	0,00
Türkische Anleihe 1994	0	0,00
Türkische Anleihe 1995	0	0,00
Türkische Anleihe 1996	0	0,00
Türkische Anleihe 1997	0	0,00
Türkische Anleihe 1998	0	0,00
Türkische Anleihe 1999	0	0,00
Türkische Anleihe 2000	0	0,00

	2.7.	3.7.
Deutsche Reichsanleihe	0	0,00
Deutsche Reichsanleihe	0	0,00
Deutsche Reichsanleihe	0	0,00